

Die Hietzinger Grünalternativen



Am 7. Juni ist
es so weit:

**Für ein
grüneres und
sozialeres
Europa!** Seite 3



**Öffentlichen
Verkehr
ausbauen
statt Tarife
erhöhen!**

Seite 5



INHALT

Editorial, Schwarze Nervosität	Seite 2
Europaparlamentswahl	Seite 3
Kennedybrücke, öffentlicher Verkehr	Seiten 4/5
Aus dem Bezirk	Seite 6
Hände weg vom Speisinger Wäldchen!	Seite 7
Termine	Seite 8

Liebe Leserin, lieber Leser!

Bei den Europaparlamentswahlen am 7. Juni wird über den Kurs, den unser Kontinent in den nächsten fünf Jahren einschlägt, mitentschieden: Weiter den falschen Weg gehen wie SPÖ und ÖVP, die mit ihren europäischen KollegInnen mit verantwortlich für diese Krise sind – oder ein gerechteres Europa mit Vorrang für Umweltschutz, Sozialstandards und Menschenrechte, ohne Atomkraft und Gentechnik, mit 100.000 neuen Arbeitsplätzen in Österreich, mit beinhalten Regeln für die Finanzspekulanten, mit Mindestlohn und Grundsicherung – mit den Grünen.

Die Wirtschafts- wie auch die Klima- und die Nahrungsmittelkrise können nur durch ein gemeinsames, europäisches Vorgehen erfolgreich bekämpft werden. Dazu braucht es starke Grüne in einem starken Europäischen Parlament.

Trotz aller falschen Prioritäten, die die EU manchmal setzt (vor allem beim Vorrang für wirtschaftliche Interessen, der leider oft Entscheidungen beeinflusst), ist sie in einem Punkt erfolgreich: als größtes Friedensprojekt der neueren Geschichte. Dieser persönliche Zugang bewog mich, auf der Solidaritätsliste der Grünen (Platz 14) zu kandidieren. Als erster österreichischer Grüner im Vorstand der (damals noch kleineren) Europäischen Grünen



konnte ich 1989-1991 die Wende in Osteuropa und das Entstehen grüner Parteien in unseren Nachbarländern hautnah miterleben. Grün zu denken darf kein Luxus der "reichen WesteuropäerInnen" bleiben. Bei den Europäischen Grünen, deren Vorsitzende unsere Spitzenkandidatin Ulrike Lunacek ist, bemühen wir uns, den Dialog mit Ost- und Südosteuropa auszubauen. Die Integration des Westbalkans wird eine der großen Herausforderungen der nächsten Jahre werden.

Wichtig ist die Politik, die in EP und EU gemacht wird, auch für uns in den Städten (Beispiel öffentliche Dienste und Daseinsvorsorge). Grüne haben in ganz Europa bewiesen, dass sie dort, wo sie mitregieren, tatsächlich substanzielle Fortschritte erzielen – von der Reduktion des Autoverkehrs bis hin zum massiven Ausbau erneuerbarer Energien und innovativen Sozialprojekten.

Und die grüne politische Familie im EP ist die einzige, die in Fragen der Kritik am Neoliberalismus, der Unteilbarkeit der Menschenrechte, der Ablehnung von Genmanipulation und Atomkraft oder der Ablehnung des Transitverkehrs geschlossen auf Seiten der Menschen steht. Auch dies möge am 7. Juni mit bedacht werden.

Mit den besten Grüßen

Gerhard Jordan,
Bezirksrat und Klubvorsitzender
sowie Soli-Kandidat (Listenplatz 14) der EP-Liste der Grünen

Schwarze Nervosität

In letzter Zeit scheint das Verhalten der ÖVP Hietzing gegenüber der Opposition mehr und mehr von Nervosität und Betonier-Mentalität gekennzeichnet zu sein. Ist es, weil die große "Graue Eminenz" nach der letzten Nationalratswahl politisch in der eigenen Partei kaltgestellt wurde, ist es weil aktive Frauen die Fraktion verlassen oder zum Verlassen gedrängt werden, ist es weil der Wiener Parteichef trotz eines gewichtigen Ministeramts nicht "vom Fleck kommt", ist es weil der Bezirksvorsteher vielleicht gar Amtsmüdigkeit zeigt (nach 19 Jahren an der Macht wäre das durchaus verständlich) aber sich weit und breit kein/e logische Nachfolger/in anbietet?

Sei es, wie es sei: Die ÖVP agiert zunehmend arrogant:

- Anfragen in Bezirksvertretungssitzungen werden vom Bezirksvorsteher nur noch mündlich beantwortet, obwohl er meist die schriftlichen Antworten vor sich liegen hat und herunterliest (wo kämen wir denn da hin – da hätte die Opposition ja vielleicht etwas in der Hand mit dem sie argumentieren könnte!),
- unliebsame Anträge z.B. auf Abhaltung von BürgerInnenversammlungen

werden einfach nicht zugelassen, auch wenn die Geschäftsordnungskonformität einer solchen Vorgangsweise zumindest unklar ist,

- Anträge der Opposition werden oft jahrelang verschleppt oder nicht behandelt (z.B. nicht-kommerzieller Jugendtreff im Norden des Bezirks oder Afritsch-Heim-Sanierung),
- und AntragstellerInnen, die oft erst gegen den Widerstand der ÖVP mühsam Erfolge erkämpfen mussten, werden übergangen und zur Seite gedrängt.

Für letzteres erwähnt Grün-Bezirksrätin Andrea Diawara in ihrem Beitrag ein Beispiel: Sie hatte gemeinsam mit SPÖ-Bezirksrat Korkisch schon im Dezember 2007 den Antrag gestellt, Hietzing möge dem "Klimabündnis Österreich" beitreten. Erst musste ein schwarzer Gegenantrag mit Mühe abgewehrt werden, bis der Beschluss gefasst werden konnte. Über den Termin der Unterzeichnung erfuhren die AntragstellerInnen wenige Tage vorher durch Zufall und erhielten erst nachdem sie sich beschwert hatten die Einladungen (bei Blaskonzerten, Kochkursen und Ähnlichem funktioniert die Information wesentlich besser!). Mit keinem

Wort wurde von BV Gerstbach bei der Feier erwähnt, vom wem die Initiative eigentlich ausgegangen war.

Ähnliche Beispiele: Der in Bau befindliche Aufzug zum Hackinger Steg (die ÖVP wollte zunächst verhindern, dass der Bezirk überhaupt was zahlt, erst nach Druck aller anderen Parteien stimmte sie dem von den Grünen initiierten Antrag zu), die Verringerung der Wartezeiten für FußgängerInnen bei den Ampeln zum Amtshaus (gleich zwei grüne Anträge wurden von der ÖVP und den anderen Parteien abgelehnt, bevor sich die Vernunft durchsetzte) und nun die Verkehrsorganisation der Kennedybrücke (auf einen "rot-grünen" Antrag, den die ÖVP seinerzeit abgelehnt hat, soll nun ein "schwarzes Mascherl" gebunden werden).

Es ist scheinbar so, dass zu lange ununterbrochene Machtausübung zu "demokratiepolitischer Versteinerung" führt. Doch immer mehr WählerInnen und engagierte BürgerInnen beginnen das Spiel zu durchschauen – vielleicht kommt es auch in Hietzing einmal zur längst fälligen "Glasnost".

Den Oppositionsparteien bleibt immerhin der – respektable – Trost, zahlreiche Anliegen im Bezirk umgesetzt zu haben, auch wenn andere sich die "Federn an den Hut stecken".

Mehr Europa, aber ein besseres!

Es gibt nicht zu viel, sondern zu wenig Europa für die großen entscheidenden Fragen. Die Grünen sind die österreichische Partei im Europa-Parlament, die für mehr Europa eintritt – und zwar ein anderes, sozialeres, ökologisches und demokratischeres Europa!

Unsere Ziele:

- “Grüner New Deal”: 5 Millionen neue Arbeitsplätze in Europa – mehr als Hunderttausend in Österreich – durch Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien,
- Vollbeschäftigung,
- ökologisches, soziales, nachhaltiges Wirtschaften,
- Schließen der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern,
- europaweite Einführung von Grundsi- cherung,
- Stärkung der direkten Demokratie, etwa durch europaweite Volksbefragungen und Volksabstimmungen.

Die Grünen streben ein Europa an, das für Umwelt- und Klimaschutz, Bildung, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Gleichstellung eintritt.

Die Chance dazu ist jetzt größer denn je: Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise hat der Neoliberalismus einen schweren Rückschlag erlitten. Dies öffnet neue Möglichkeiten für die Durchsetzung von Grünen Konzepten für ein global gerecht agierendes, soziales und ökologisches Europa.

Ob diese Chance genützt wird, entscheidet die Wahl zum Europäischen Parlament.



Grüne Erfolge:

Die Grünen haben bereits bewiesen, dass ihre Arbeit Europa nützt, Das zeigen die Erfolge:

- **Energie:** Die Grünen haben das Energiepaket mit ambitionierten Zielen vorangetrieben und lehnen Atomenergie konsequent ab.
- **Verkehr:** Dank grüner Hartnäckigkeit entschied das EU-Parlament, dass künftig die Lärm- und Luftverschmutzungskosten in die LKW-Maut einberechnet werden.

• **Gentechnik:** Grüne haben durchgesetzt, dass EU-Mitgliedstaaten ihre Landwirtschaft vor Gentechnik schützen können. Die österreichischen Bundesländer sind deshalb gentechnikfrei. Gentechnisch veränderte Lebensmittel sind nun kennzeichnungspflichtig.

• **Gegen Dumpinglöhne:** Auf Drängen auch der Grünen hat das Europäische Parlament das ”Herkunftslandprinzip” aus der Dienstleistungsrichtlinie gestrichen, um Lohndumping zu verhindern. Wir haben uns erfolgreich für die Rechte von LeiharbeiterInnen und BetriebsrätInnen eingesetzt.

• **Für öffentliche Dienste:** Große Teile der Daseinsvorsorge wurden auf grünen Druck hin vom Wettbewerb ausgenommen.

• **Grundrechte:** Es waren Grüne, die die Grundrechte im Unionsrecht verankert haben. Vollbeschäftigung und die Bindung der Außen- und Sicherheitspolitik an die UN-Charta wurden zu Zielen der Union gemacht.

Weitere Infos (News, Presse, Hintergründe & alle EU-Wahlinfos auf einen Blick) auf der Europaseite der österreichischen Grünen: WWW.EUROGREENS.AT

Grüne EP-KandidatInnen: 3 Frauen an der Spitze

Ulrike Lunacek



Spitzenkandidatin (Listenplatz 1), Vorsitzende der Europäischen Grünen (EGP), Europasprecherin der Grünen. Nach Dolmetschstudium (Englisch und Spanisch) ab 1979 Engagement in der Frauen-, Dritte-Welt-Solidaritäts- und der Lesben- und Schwulenbewegung.

Seit 1999 Nationalratsabgeordnete, Sprecherin für Außen- und Entwicklungspolitik und für Gleichstellung. Seit 2004 Fraktionsvorsitzende im Europa-Ausschuss im österreichischen Nationalrat.

Eva Lichtenberger

Listenplatz 2, Stv. Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament.

1994 erste Grüne Landesrätin für Umwelt in Tirol, 1999-2004 NR-Abgeordnete, Verkehrs- und Tourismussprecherin der Grünen, 2002-2003 Mitglied im Europäischen Verfassungskonvent, 2003-2004 im Österreich-Konvent, seit 2004 Europa-Abgeordnete.



2001-2005 Grüne Gemeinderätin und Landtagsabgeordnete in Wien, 2001-2005 Stellvertretende Klubobfrau des Grünen Klubs im Wiener Rathaus, Seit 2005 Grüne Stadträtin in Wien.

Monika Vana

Listenplatz 3, Sprecherin der Grünen Frauen Wien, Mitglied im WAFF-Kuratorium (Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds), Mitglied der Geschäftsleitung des Städtebundes, Vorstandsmitglied des Verbandes öffentlicher Wirtschaft.

Delegierte der österreichischen Grünen zum Rat der Europäischen Grünen, Sprecherin der “Gender Working Group” der EGP, Mitglied der Arbeitsgruppe für Vernetzung grüner KommunalpolitikerInnen.



So funktioniert die Vergabe von Vorzugsstimmen:

Sie schreiben den Namen der Kandidatin/des Kandidaten in das leere Feld neben dem Namen der Partei.

Neues zur Kennedybrücke



Einfach, aber sinnvoll:
Verlegung der Zufahrt zu den Bus-Ausstiegstellen nach Westen.

Gemeinderätin Ingrid Puller, Verkehrssprecherin der Grünen, hat zu Beginn dieses Jahres eine detaillierte Studie in Auftrag gegeben, wie der Verkehrsfluss im Bereich der Station Hietzing/Kennedybrücke kostengünstig und effektiv so umorganisiert werden kann, dass die Fahrgäste der öffentlichen Verkehrsmittel davon profitieren. Das Konzept kann von allen Interessierten als Power Point-Präsentation von der Website <http://hietzing.gruene.at> heruntergeladen werden.

In eine gemeinsamen Sitzung der Bezirks-Verkehrskommissionen von Hietzing und Penzing (eine Premiere, die hoffentlich Schule machen wird) haben wir das Konzept am 22. April vorgestellt und es wurde

zugesagt, dass es in beiden Kommissionen getrennt weiter behandelt wird. Das Herzstück, eine Verknüpfung der Linien 10 (Verlängerung nach Unter St. Veit), 60 (Verlängerung zum Westbahnhof) und 58 (wird dadurch ersetzt), soll schon im Juni als All-Parteien-Antrag in beiden Bezirken beschlossen werden. Kurios übrigens das Verhalten der ÖVP, die noch vor einigen Jahren die von SPÖ und Grünen lancierte Idee bekämpft (siehe Faksimile) und als einzige Partei in der Bezirksvertretung abgelehnt hat und nun so tut, als sei der Vorschlag "auf ihrem Mist gewachsen".

Bei den Buslinien (wie 56B, 58B, 156B) schlägt das Konzept eine Änderung der Anfahrtrichtung vor: Zufahrt zur westlichen (stadtauswärtigen) Seite des Bauwerks an-

statt eine Umkreisung. Die Fuß- und Umsteigewege würden dadurch kürzer und einfacher.

In der gemeinsamen Verkehrskommissionssitzung musste ein anwesender Vertreter der Wiener Linien zugeben, dass das Konzept technisch umsetzbar wäre, dass es aber abgelehnt werde, weil die Intervalle zwischen Kennedybrücke und Westbahnhof dann verdichtet werden müssten (da der 60er vor allem in der Morgenspitze öfter verkehrt als der derzeitige 58er) und dies nicht finanzierbar sei.

Unsere Antwort darauf ist klar: Für eine echte Verbesserung des öffentlichen Verkehrs müssen die Mittel bereit gestellt werden! Wenn die Autoindustrie subventioniert wird (Verschrottungsprämie für jene, die sich ein neues Auto leisten können), dann muss auch an jene gedacht werden, die auf Öffis angewiesen sind und denen statt Verbesserungen bloß eine Tarifierhöhung ins Haus steht.

Das grüne Konzept hat seit seiner ersten Vorstellung schon zahlreiche Reaktionen (Anrufe und Mails) hervorgerufen, auch mehrere zusätzliche, begleitende oder alternative Vorschläge. Wir werden daher unser Konzept in einer **öffentlichen Veranstaltung**, zu der auch Gemeinderätin Ingrid Puller kommen wird, nochmals präsentieren und zur Diskussion stellen.

Termin: Donnerstag, 25. Juni 2009, 18:30 Uhr, Ort: Café Wunderer, Hadikgasse 62, 1140 Wien (gegenüber der Station Hietzing). Interessierte sind dazu herzlich eingeladen.

Gerhard Jordan



Grüne kämpfen für eine bessere Verkehrsorganisation. V.l.n.r.: Georg Becker (Grüne Hietzing), Andrea Diawara (Bezirksrätin Hietzing), Brigitte Bayer und Elisabeth Kuchling (Bezirksrätinnen Penzing), Ingrid Risha (Bezirksrätin Hietzing), Ingrid Puller (Gemeinderätin) und Elisabeth Holzer (Bezirksrätin Penzing).



ÖVP: 1998 noch gegen den "Anschlag auf die Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln", jetzt für die rot-grüne Idee.

Öffentlicher Verkehr: Verbessern statt verteuern!



Nun ist die Katze aus dem Sack. Während zu Jahresbeginn noch (halbherzig) demontiert wurde, steht nun die Tarifierhöhung im VOR-Verbund um rund 6% mit 1. Juli 2009 fest!

Abgesehen davon, dass diese Maßnahme verkehrs- und umweltpolitisch unklug ist, trifft sie naturgemäß die mittleren bis unteren EinkommensbezieherInnen am härtesten und ist daher überdies unsozial. Gerade jetzt, in Zeiten der Wirtschaftskrise, wäre viel mehr eine Verbilligung der Tarife angesagt, um diese Einkommenschichten zu entlasten und ein verkehrs- und umweltpolitisch richtiges Zeichen zu

setzen! Für die Verschrotungsprämie hatte man(n) ja auch 25 Millionen Euro übrig.

Verbesserungen bei den Wiener Linien, wie Taktverkürzungen, scheitern unter anderem an Personalproblemen.

Aktuell fehlen hunderte U-Bahn-, Straßenbahn- und BusfahrerInnen. Angesichts von etwa 80.000 Arbeitssuchenden

in Wien ein blanker Hohn. Mit einer Verbesserung der Arbeitssituation inklusive Gehalt könnte dies von einem fähigen Personalmanagement sicher leicht behoben werden und die Drop out-Rate von Neuzugängen für diese schwere und verantwortungsvolle Arbeit drastisch gesenkt werden. Hier sind politische Entscheidungen dringend erforderlich.

Wir Wiener Grünen stehen sowohl auf Gemeinde-, als auch auf Bezirksebene für

Verbesserungen des öffentlichen Verkehrs. Taktverkürzungen, Beschleunigungen von Straßenbahnlinien, aber auch eine flexible Gültigkeitsdauer der Wochen- bzw. Monatskarte (wie es sie in Graz gibt) sind nur einige unserer vielen Vorschläge, die Öffis zu verbessern. Diese attraktiveren öffentlichen Verkehrsmittel kommen uns allen zu Gute, denn je mehr Menschen diese benutzen, umso weniger Staus, Lärm und Abgase bedeutet das für uns alle.

Tarifierhöhungen sind KEINE Alternative!

Für unsere derzeitigen Aktionen "Flotter 10er" und "Entknotung der Kennedybrücke" durch Linienzusammenführung von 10er, 58er und 60er gibt es bei diversen Veranstaltungen auch Unterschriftenlisten, wo wir uns über rege Beteiligung freuen würden.

Martin Diendorfer

Grüne Kampagne gegen rote Tarifierhöhung

Die Grünen Wien haben am 12. Mai eine breit angelegte Kampagne "Ein Herz für Öffi-Fahrende" gegen die geplante Erhöhung der ÖV-Tarife in Wien gestartet. Klubobfrau Maria Vassilakou befürchtet, dass die Verteuerung der Einzeltickets, der Streifenkarte und der Acht-Tages-Karte nur der Anfang ist. Die Wiener SPÖ will offenbar mittels Salami-Taktik weitere Tarifierhöhungen durchziehen, nur wartet sie damit bis nach der Wahl.

Die Grünen werden in den kommenden Wochen ein neues Tarifmodell präsentieren und ganz konkrete Maßnahmen für ein attraktiveres Angebot vorlegen.

Gemeinderätin Ingrid Puller, Verkehrssprecherin der Grünen Wien: "Bisher werden 35 Prozent aller Wege in Wien mit Bim, Bus oder U-Bahn zurück gelegt. Jetzt mit einer weiteren Preiserhöhung die Menschen zu belasten ist aus sozialer und auch aus ökologischer Sicht eine Bankrotterklärung. Anstatt auch in der Wirtschaftskrise mit kurzsichtiger Belastungspolitik fortzufahren, muss Wien endlich die Trendwende für eine soziale und ökologische Mobilität schaffen, die leistungsfähig ist".

Näheres über die Kampagne können Sie auf http://wien.gruene.at/oefibox_2009 finden und dort auch Fotos, Kritik und Anregungen posten. Bis in den Sommer hinein werden die Grünen mit zahlreichen Pressekonferenzen, Veranstaltungen und Verteilaktionen die BürgerInnen informieren und über die Preiserhöhungen aufklären (für Hietzing und Penzing z.B. am 25. Juni im Café Wunderer, siehe Termine auf Seite 8).

Aus dem Bezirk Verkehrshölle Maxingstraße: SP-Stadtrat Schicker kennt keine Gnade

Die jahrelangen Bemühungen von Bürgerinitiativen und den Hietzinger Grünen um eine Verringerung der Verkehrsbelastung in der Maxingstraße stoßen bei Verkehrsstadtrat DI Schicker auf taube Ohren.

Nachdem die "Minimalforderungen" nach einer permanenten Überwachung der Tempo 30-Beschränkung und eines Fahrverbotes für LKW über 7,5 Tonnen im Oktober bzw. Dezember 2008 sogar die Zu-



stimmung in der Bezirksvertretung erhalten haben, wurden die entsprechenden Anträge von Stadtrat DI Schicker nunmehr, mit fadenscheinigen Begründungen, abgeschmettert.

Und das, obwohl die Ende letzten Jahres durchgeführten Verkehrszählungen eindeutige Ergebnisse lieferten:

- Täglich zwängen sich zwischen 6:00 und 18:00 Uhr 13.000 PKW und 750 Schwerfahrzeuge durch die Maxingstraße.
- In den Verkehrsspitzen sind es bis zu 1.200 Fahrzeuge pro Stunde.
- Trotz deutlich sichtbarer Messanlage und oftmaligem Stau hielten sich nur 14,5% an Tempo 30.
- 8,26% oder 5.850 Fahrzeuge waren im Beobachtungszeitraum vom 17. September bis 8. Oktober 2008 sogar mit mehr als 45 km/h unterwegs und überschritten somit die Geschwindigkeitsbegrenzung um mehr als 50%.

Die Straßenbreite im Bereich zwischen Hietzinger Platz und Altgasse reicht nicht aus, damit größere Fahrzeuge beim Entgegnungsverkehr ohne Anhalten aneinander vorbei kommen und die Rückspiegel der LKWs ragen weit in den ohnehin sehr schmalen Schönbrunn-seitigen Gehsteig.

Bezüglich der Geschwindigkeitsmessung regt Stadtrat DI Schicker an, "die Überwachung durch die Exekutive mit Radarpistolen zu intensivieren". Wie realistisch dies in Anbetracht der prekären personellen und finanziellen Situation unserer Exekutive ist, kann man sich sehr leicht ausmalen.

Die Ablehnung des Fahrverbotes für LKW über 7,5 Tonnen begründet Stadtrat DI Schicker damit, dass die Maxingstraße eine Hauptstraße A ist und der Schwerverkehrsanteil in einer üblichen Größenordnung liegt und damit "eigentlich eh alles in Ordnung sei".

Während es bei Bezirks-ÖVP und -SPÖ wieder still wurde, sehen die Bürgerinitiative und wir Hietzinger Grünen das anders und engagieren uns weiter für die Anliegen der betroffenen AnrainerInnen. So werden wir bei der nächsten Bezirksvertretungssitzung am 24. Juni die Anfrage stellen, wie oft nun eine Geschwindigkeitsmessung angeregt, bzw. durchgeführt wurde. Gerne nehmen wir auch Ihre Meinungen und Anregungen zum Thema "Verkehrshölle Maxingstraße" entgegen!



Martin Diendorfer
Aktivist der Grünen Hietzing

Hietzing tritt dem Klimabündnis bei

Auf grün-roten Antrag im Jahr 2007 ist Hietzing nun am 26. April (2009) im Rahmen des Frühlingfestes im Lainzer Tiergarten mit einer feierlichen Unterzeichnung dem "Klimabündnis Österreich" beigetreten.

Das heißt, dass sich auch der 13. Bezirk neben vielen anderen Gemeinden und als dritter Wiener Gemeindebezirk zu einer kontinuierlichen Verminderung seiner Treibhausgasemissionen durch Energiesparen, Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien verpflichtet. Ziel ist, die Pro-Kopf-Emissionen bis 2030 zu halbieren. Maßnahmen sollen sein: Förderung des öffentlichen Verkehrs, des Radfahrens und des Zufußgehens, Beruhigung des motorisierten Individualverkehrs, verstärkter Einsatz erneuerbarer Energieträger, gezielte Maßnahmen bei der Raumplanung, bei Gebäuden sowie bei Industrie und Gewerbe, Bewusstseinsbildung durch Öffentlichkeitsarbeit, Verzicht auf Tropenhölzer, Einsatz umweltverträglicher Produkte.

Weiters wird nach dem Prinzip "global denken, lokal handeln" mit der FOIRN (Föderation der indigenen Völker des Rio Negro in Brasilien) eine Allianz eingegangen, um den Lebensraum der indigenen Bevölkerung sicherzustellen und den Regenwald zu schützen.

Bis zu diesem Beitritt war es allerdings bezirkspolitisch ein steiniger Weg, denn die Freude der ÖVP, wie sie sie bei der Unterzeichnung im Lainzer Tiergarten an den Tag gelegt hat, war

anfänglich absolut nicht vorhanden. Der grün-rote Antrag (S-2129/07 vom 5. Dezember 2007) wurde nicht angenommen, sondern lediglich dem Umweltausschuss zugewiesen. Nach einer informativen Umweltausschuss-Sitzung wollte die ÖVP mit einem Gegenantrag - mit der Begründung "kein Geld im Bezirk" - die Verantwortung der Gemeinde Wien zuschieben und den ursprünglichen Antrag "abwürgen".

Dieses Ansinnen konnte in der Bezirksvertretung mit einer Stimme Mehrheit abgewendet werden, da die FPÖ unterschiedlich abstimmte.

Nach einem weiteren Umweltausschuss und viel Überzeugungsarbeit von Grünen und SPÖ gingen der ÖVP die "Argumente" aus und es kam dann im Juni 2008 nochmals zu einem Antrag, diesmal aller Parteien.

Von dem offiziellen Beitrittstermin hat die Opposition - sprich: auch wir AntragstellerInnen! - erst durch Zufall und nur auf Nachfragen wenige Tage vorher erfahren. In die Vorbereitungen wurde niemand von uns einbezogen.

So arbeitet also die ÖVP - zuerst ist sie dagegen und dann badet sie sich in ihrem angeblichen Erfolg.

Wir lassen uns allerdings davon nicht abhalten, positive Veränderungen zu fordern und freuen uns nichtsdestotrotz, wenn diese (meist mit längerer Verspätung) zum Tragen kommen.

Bezirksrätin Andrea Diawara



Späte, dafür umso "exklusivere"
Erleuchtung...

Hände weg vom Speisinger Wäldchen!

Noch bis 4. Juni 2009 liegt der Flächenwidmungsplan Nr. 7847 öffentlich zur Stellungnahme auf, dessen Gebiet einen großen Teil Speising rund um den Furtwänglerplatz umfasst.

Beim genauen Durchlesen des Plans fällt auf, dass das Speisinger Wäldchen an der Gallgasse 61 mit einem Widmungs-Zusatz zu rund einem Fünftel verbaut werden soll!

Worum geht es?

Bisher (derzeit gültiges Plandokument Nr. 7046 aus dem Jahr 1997) hatte das Wäldchen die Widmung "Spk" (Grünland-Parkschutzgebiet) mit dem Zusatz "ÖZ" (öffentliche Zwecke). Da sich die Liegenschaft ohnehin im Besitz der Stadt Wien befindet, soll dieser Zusatz wegfallen.

Allerdings soll im Entwurf für die Widmungsänderung stattdessen eine sogenannte "Besondere Bestimmung" (BB10) hinzu kommen, die folgendes besagt:

"Auf der mit Spk BB10 bezeichneten Grundfläche darf die bebaute Fläche höchstens 600 m² und die Gebäudehöhe höchstens 9 m betragen. Die zur Errichtung gelangenden Gebäude dürfen nur als Kindergarten verwendet werden."



Das "BB10" bedeutet: Bau eines 9 Meter hohen Kindergartens auf 600 m² Fläche.

Sind Grüne gegen Kindergärten?

Selbstverständlich nicht! Wir sind nicht gegen die Errichtung eines Kindergartens. BV-Stellvertreter Feistritzer (SPÖ) hat in der Bezirksvertretungssitzung am 17. Dezember 2008 den Antrag gestellt, dass in Speising ein Kindergarten errichtet werden soll. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Als einzige Fraktion

haben die Grünen allerdings damals explizit erklärt, dass ihre Zustimmung NICHT den Standort im Stadtwäldchen einschließt!

Ungeeigneter Standort

Dass das Stadtwäldchen nunmehr über den Trick einer Besonderen Bestimmung "durch die Hintertür" als Standort herbeikommen soll, werden wir nicht akzeptieren. Die Stadt Wien soll sich andere Standorte suchen. Gerade in Speising wurde in den letzten Jahren unverantwortlich gehandelt: Es gab in der Mitte der Fred-Liewehr-Gasse einen Spielplatz, der vom Kindergarten Gallgasse 71 genutzt wurde. Die Stadt Wien hat, trotz der Proteste von Grünen und AnrainerInnen, den Spielplatz demoliert und das Grundstück an einen privaten Bauträger verkauft (übrigens haben die Grünen im Gemeinderat als EINZIGE Partei dagegen gestimmt!).

Die Kinder wurden hinter die Lärmschutzwand Atzgersdorfer Straße auf einen denkbar ungünstigeren Standort verfrachtet, und in der Fred-Lie-

wehr-Gasse entstand eine weitere Wohnanlage. Wenn es SPÖ und ÖVP wirklich um die Kinder ginge, hätten sie diesen Deal nicht beschlossen.

Soziale Politik gefragt

Wir stehen auf dem Standpunkt, dass die Stadt Wien weniger Flächen an "Baulöwen" verkaufen, sondern diese lieber für soziale Zwecke reservieren soll. Es kann nicht sein, dass Umwelt und Natur dafür erhalten müssen, dass die SPÖ ihre einstmaligen sozialen Ziele immer mehr dem Gewinnstreben geopfert hat und opfert!

Wir werden auf jeden Fall dem Plandokument mit der umstrittenen "BB10"-Widmung in der Bezirksvertretung (wo die Abstimmung voraussichtlich am 24. Juni stattfinden wird) und im Gemeinderat NICHT zustimmen!!

Bezirksrat
Gerhard Jordan

Tempo 30 in Hacking

Ein Grün-Antrag vom 25. Februar 2009 verlangte die Anbringung eines Tempo-30-Piktogramms in der äußeren Auhofstraße, zwischen Rußpekgasse und Lilienberggasse. Es kommt dort immer wieder vor, dass Autos die von der Westeinfahrt kommen und das Schild übersehen haben, in der Auhofstraße stadteinwärts beschleunigen, weil ihnen nicht bewusst ist, dass sie sich in einer 30er-Zone befinden. In einer Ortsverhandlung am 27. April wurde nun beschlossen, das 30er-Symbol anzubringen und außerdem die Hinweistafel einen Mast weiter in die Rußpekgasse zu verlegen, sodass sie besser sichtbar ist.



Die Speisinger Grün-Bezirksrätin Andrea Diawara hat sich für den Erhalt des Kindergarten-Spielplatzes an der Fred-Liewehr-Gasse eingesetzt und kämpft jetzt gegen eine Verbauung des Wäldchens.

Berührende Lesung im Bezirksmuseum

„Das Überleben hat gelohnt“ hieß das im Vorjahr erschienene Buch, aus dem die ehemalige Gemeinderätin Cécile Cordon von der „Initiative Grüner SeniorInnen“ am 23. April 2009 im Bezirksmuseum Hietzing vorlas. Rund 30 interessierte BesucherInnen waren zu der Veranstaltung der Hietzinger Grünen gekommen, die auch von der der VHS unterstützt wurde und bei der VertreterInnen der Arbeiterkammer und des ÖGB-Verlags Einleitungsworte sprachen.

Der 85jährige Autor und ehemalige Betriebsrat Walter Stern, der seit fast einem halben Jahrhundert in Ober St. Veit wohnt,

stand zwischen den gelesenen Texten für Fragen und Diskussion zur Verfügung.

Besonders berührend waren seine Erinnerungen an die Kindheit im Wien der 30er-Jahre, an den Einmarsch Hitlers und die Verfolgung durch die Nazis (die seine Eltern nicht überlebten), aber auch sein kurzes Exil in Palästina, die dortige Ernüchterung und die Erfahrungen im Kampf gegen den Faschismus auf Seiten der Alliierten. Sein Lebensmotto „Wo es Starke gibt, auf Seiten der Schwachen, wo es Ausbeuter gibt, auf Seiten der Ausgebeuteten“ mögen sich Viele zu Herzen nehmen. G.J.



Cécile Cordon las aus dem hochinteressanten Buch von Walter Stern.

Treffen der Bezirksgruppe jeden 1. und 3. Mittwoch des Monats um 19:30 Uhr im Restaurant „Asienvilla“, Auhofstraße 80, 1130 Wien. Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

<http://hietzing.gruene.at>

Die Hietzinger Grünalternativen Nr.2, Sommer 2009; bei Unzustellbarkeit an: Die Grünen Hietzing, Postfach 59, 1131 Wien, Zulassungsnummer: GZ02Z031850M, Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt: 1070 Wien, P.b.b.

£ Bitte schicken Sie mir Ihre Zeitung regelmäßig zu.

£ Bitte nehmen Sie mich in Ihren Verteiler für den grünen „E-Mail-Newsletter“ auf.

£ Ich möchte Mitglied der Grünen werden.

£ Schicken Sie mir bitte das Programm der Grünen für die Europawahl 2009 zu.

NAME:

ADRESSE:

TEL./E-MAIL:

An die
Grüne Alternative
Bezirksgruppe Hietzing
Postfach 59
1131 Wien

TERMINE

„JA zum Entwirren des Verkehrsknotens Kennedybrücke – NEIN zu Tarifierhöhungen!“ mit Gemeinderätin Ingrid Puller



Gemeinsam mit einem Planer von Juhász & Markgraf Verkehrs-Consulting präsentieren die Grünen

ihr Konzept zur fahrgastfreundlichen Änderung des öffentlichen Verkehrs im Bereich der Station Hietzing und stellen die Ideen zur Diskussion.

Auch über den Widerstand gegen die für 1. Juli 2009 geplante Tarifierhöhung wird berichtet werden.

Donnerstag, 25. Juni 2009 ab 18:30 Uhr, Café Wunderer, Hadikgasse 62 (Nähe U4-Station Hietzing), 1140 Wien.

Treffen der grünen Bezirksgruppe: jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat um 19:30 Uhr im Restaurant „Asienvilla“, Auhofstraße 80, 1130 Wien.

Nächste Sitzung der Hietzinger Bezirksvertretung: Mittwoch, 24. Juni 2009 um 18 Uhr, Großer Festsaal des Amtshauses (Hietzinger Kai 1-3, 1130 Wien). ZuhörerInnen sind willkommen!

Sprechstunden der grünen BezirksrätInnen: nach Vereinbarung (Tel. 4000/81832, BR Gerhard Jordan). E-Mail: hietzing@gruene.at

Grüner Hietzinger Frauenstammtisch: jeden 1. Donnerstag im Monat um 19 Uhr im Don-Bosco-Haus/Wintergarten, St.-Veit-Gasse 25. Die nächsten Termine und Themen nach der Sommerpause:

10. September: „Zwei Energetikerinnen erzählen uns von ihrer Arbeit“ mit Maria Hinterplattner und Angela Maria Liszt.

1. Oktober: „Bauchtanz“. Kontakt: frauen.hietzing@gruene.at

Postgebühr
zahlt
Empfänger